Nachhaltigkeitsdialog

Globale Ziele – nationale Verantwortung
Auftaktkonferenz am 29. Oktober in Berlin

Rede Bundesminister Peter Altmaier

Einen wunderschönen guten Morgen.
Sehr geehrte Mitglieder des deutschen Bundestages und Parlamentarier.
Sehr geehrter Herr Hausherr und Gastgeber.
Sehr geehrte Minister - ehemalige, derzeitige und zukünftige - namentlich, lieber Klaus Töpfer.
Sehr geehrte Frau Thieme vom Nachhaltigkeitsrat.
Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich finde es großartig, dass Sie nicht nur alle gekommen sind. Sondern wenn ich sehe welchen Querschnitt Sie repräsentieren und wenn ich mir vorstelle, dass Sie all das, was Sie heute bei dieser Konferenz besprechen und diskutieren, weitertragen werden in Ihre Verbände, in Ihre Ausschüsse, in ihre Vorstände, dann glaube ich, dass wir eine Chance haben tatsächlich die Debatte über Nachhaltigkeit voranzubringen.

Selbstverständlich versteht unter Nachhaltigkeit nicht jeder dasselbe, nicht immer jeder das Gleiche. Die einen denken an nachhaltige Umweltpolitik, die anderen an nachhaltige Finanzpolitik, die dritten an nachhaltig gutes Essen und woran auch immer. Aber - und das ist ganz wichtig - in den letzten zehn Jahren haben wir Fortschritte gemacht, weil inzwischen der größte Teil der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land weiß, was Nachhaltigkeit ist, eine ungefähre Vorstellung hat, worum es geht. Und wenn es einige gibt, die es vielleicht noch nicht wissen, dann sollten wir den Blick auf die Asyl- und Flüchtlingskrise wenden, die uns im Augenblick beschäftigt.

Egal woher die Flüchtlinge kommen - ob sie aus der Subsahara kommen, aus Afrika, aus dem nördlichen Afrika, aus dem mittleren und nahen Osten, aus dem Jemen, aus Syrien, aus Ägypten, aus dem Iran, aus dem Irak, aus Afghanistan, aus Pakistan - überall dort, wo die Flüchtlinge herkommen, ist die Nachhaltigkeit in den letzten Jahren gescheitert. Die Abwesenheit von nachhaltiger Politik in jeder Hinsicht hat auch dazu geführt, dass Hundertausende und Millionen von Menschen in ihrer unmittelbaren Umgebung keine Bleibeperspektive sehen.

Das Fehlen von nachhaltiger Umweltpolitik, das Fehlen nachhaltiger staatlicher Strukturen, das Fehlen von nachhaltiger Rechtsstaatlichkeit, das Fehlen von nachhaltiger sozialer Sicherheit, das Fehlen von nachhaltigen Partizipationsmöglichkeiten - politisch, wirtschaftlich, in jeder Hinsicht - hat dazu geführt, dass es zu einem Exodus gekommen ist, wie wir ihn seit Ende des zweiten Weltkrieges nicht erlebt haben. Ein Exodus, der nicht nur die umliegenden Länder, die Europäer und andere vor große Herausforderungen stellt. Sondern ein Exodus, der auch dazu beitragen wird, dass nachhaltige Politik in den betroffenen Regionen auch in Zukunft noch schwerer sein wird, als die ohnehin schon war.

Ich weiß nicht, ob es wissenschaftlich belegbar ist, liebe Frau Thieme - vielleicht kann man sich auch damit einmal beschäftigen - ich glaube, dass die stabilsten Staaten, die wir in dieser Welt haben, auch diejenigen sind, die sich am nachhaltigsten organisiert haben und die dem Thema Nachhaltigkeit in der öffentlichen Debatte und in der politischen Entscheidung mehr Raum eingeräumt haben. Das ist eine erschütternde und eine bedrückende Erkenntnis, vor allen Dingen, weil dieser Flüchtlingsstrom nicht einfach umgekehrt werden kann, weil das was geschehen ist an Wegfall von Staatlichkeit, an Zusammenbruch von Staatlichkeit, nicht über Nacht repariert werden kann. Aber es ist gleichzeitig eine Aufgabe an uns, dass wir das Thema Nachhaltigkeit in Zukunft ernst nehmen und dass wir darüber nachdenken, wie wir Nachhaltigkeit nicht nur in Deutschland entwickeln, sondern auch anderswo hin exportieren können.

Das ist kein Kulturimperialismus, das ist keine Bevormundung anderer, sondern wir sind überzeugt, dass genauso wie die Menschenrechte universell Gültigkeit haben, auch das Prinzip der Nachhaltigkeit ein universelles Prinzip werden muss, wenn wir es mit einer immer schneller wachsenden Weltbevölkerung und immer größer werdenden Verteilungskonflikten schaffen wollen, dass auch in Zukunft Stabilität und vernünftige Entwicklung möglich wird.

Wir haben uns in Deutschland entschieden unsere Verantwortung im Umgang mit dieser Flüchtlings- und Asylkrise wahrzunehmen. Wir haben uns entschieden nicht zu warten bis alle in Europa auf dem gleichen Bewusstseins- und Entscheidungsstand sind. Wir haben uns entschieden nicht zu warten, bis das letzte Verwaltungsabkommen unterschriftsreif ist und die letzten Zweifelsfragen geklärt sind. Wir haben es zu tun mit einer Nachhaltigkeitskrise, wir haben es aber auch zu tun mit einer humanitären Krise. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen wie groß die Herausforderung ist, wir wissen was die Ehrenamtlichen leisten müssen, wir wissen, wie schwer es ist, wenn mitten in der Nacht Menschen auf der Straße stehen und man dafür sorgen muss, dass sie etwas zu essen haben und etwas haben, wo sie ausruhen oder einige Stunden schlafen können. Aber meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Krise ist ein humanitärer Imperativ und wir werden eines Tages auch daran gemessen, wie wir mit diesem Imperativ umgegangen sind und ob wir vor dieser Herausforderung versagt haben, oder ob wir uns ihr gestellt haben.

[Beifall]

Und das meine Damen und Herren gilt nicht nur für Deutschland. Es gilt für alle in Europa - und ich sage es nicht als Anklage, sondern ich sage es als Ermunterung und als Aufforderung. Wir müssen eine Debatte beginnen, wie man auch in Zukunft mit solchen Flüchtlingsströmen umgehen kann, wie man vermeiden kann, dass sie entstehen und wie man erreichen kann, dass, wenn sie entstehen sie auch in den Regionen besser gelöst werden können.

Da sind Fehler gemacht worden auch in der Vergangenheit, weil vieles in der Zivilgesellschaft, in der Wissenschaft, in der Forschung, bereits angedacht und diskutiert worden ist. Von der Frage, ob wir es eines Tages mit Climate Refugees zu tun haben, von der Frage, wie man denn in den Regionen, die von Bürgerkriegen und

Naturkatastrophen betroffen sind, regionale Fluchtalternativen schaffen kann, die es den Staaten ermöglichen mit solchen Fluchtbewegungen umzugehen - logistisch so mit ihnen umzugehen, dass sie menschenwürdig bewältigt werden. All das ist längst erkannt, aber umgesetzt ist es noch lange nicht. Und im Augenblick müssen wir mehrere Dinge gleichzeitig tun. Wir müssen auf der einen Seite die Menschen aufnehmen, die nach Europa kommen, die Bleibeperspektiven in den Regionen zu stärken und es wird ganz sicherlich nicht über Nacht möglich sein all diese Entwicklungen so zu ordnen, dass wir wieder einen Zustand haben, wo wir uns im Biedermeier zurück lehnen können. Dieses Thema wird uns lange beschäftigen und deshalb ist es wichtig, dass wir auch mit dem Flüchtlingsthema im Sinne nachhaltiger Politik umgehen.

Wir haben gelernt aus den Fehlern der Integrationspolitik, in den siebziger, achtziger und neunziger Jahren. Die deutsche Sprache ist nicht alles, aber ohne deutsche Sprache ist alles nichts. Sind wir im Stande den Flüchtlingen die herkommen, die bleiben - vielleicht nicht für immer, aber für eine Zeit und manche und viele auch für immer - sind wir im Stande ihnen die Möglichkeit zu bieten ihre Neugier und ihren Hunger nach dem Erlernen der deutschen Sprache, nach dem Kennenlernen unserer Kultur entgegenzukommen?

Sagen wir ihnen: Ihr müsst ein halbes Jahr in den Turnhallen und Notunterkünften warten, bis eure Anträge entschieden sind. Oder sagen wir ihnen: Wir gehen auf euch zu, wir schaffen die Möglichkeit des Kontaktes mit Menschen in der unmittelbaren Umgebung, wir schaffen Möglichkeiten, internetbasiert in persönlichen Kontakten die Sprache zu erlernen, berufliche Qualifikationen zu erwerben - dass wir diesen Menschen eine Perspektive bieten, die sie ermuntert, sich auf das Abenteuer der Integration einzulassen? Schaffen wir es so damit umzugehen, dass wir einerseits diesen Menschen im Winter ein warmes Dach über dem Kopf verschaffen, ohne, dass wir von dem, was wir in der Vergangenheit erreicht haben, im Punkto nachhaltiges Bauen, für alle Zeiten verabschieden.

Ich habe mich sehr dafür eingesetzt, als wir vor einiger Zeit ein Gesetz verabschiedet haben, das Ende Oktober in Kraft getreten ist, mich sehr dafür eingesetzt, dass wir auch bereit sind von der ENEV und von anderen Gesetzen Abstriche zu machen, wenn es darum geht ganz schnell, ganz besonders viel Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Aber es ist eben keine grundsätzliche Abkehr, es ist geboren aus der Not innerhalb kürzester Zeit Ergebnisse zu erreichen. Und deshalb wünsche ich mir, dass alle die Flüchtlinge, die jetzt in Turnhallen, in Großraumhallen untergebracht werden müssen, die vielleicht im nächsten Frühjahr über eine eigene Unterkunftsmöglichkeit in einer umgebauten Halle verfügen, mit vier Wänden um sich herum, die irgendwann dann auf dem freien Wohnungsmarkt, im sozialen Wohnungsbau und eines Tages auch im privaten Wohnungsbau eine Unterkunft finden, dass alle diese Menschen irgendwann auch in Häusern wohnen, die so gedämmt sind und so gebaut sind, wie es unseren heutigen Standards entspricht. Wir müssen das eine tun, ohne das andere zu lassen.

[Beifall]

Und wir müssen diese jungen Menschen in den Arbeitsmarkt integrieren. Das ganze Gerede - das ganze Gerede davon, dass die Arbeitslosigkeit steigt, dass es zu

Konkurrenzen kommt bei Geringqualifizierten, zu Verdrängungswettbewerben - all dies entbehrt nach meiner festen Überzeugung jeder Grundlage. Wir haben es in Deutschland zu tun mit einem Arbeitsmarkt, der so stark ist, wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Wir haben es zu tun mit einer hohen Zahl an offenen Stellen, viele Unternehmer haben Ausbildungsplätze nicht mehr angeboten, weil sie keine geeigneten und interessierten Bewerber gefunden haben. Wir haben die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa und mit 43 Millionen Beschäftigungsverhältnissen die höchste Zahl von Beschäftigungsverhältnissen, die es jemals in Deutschland gegeben hat!

Ich bin fest davon überzeugt, wenn wir es schaffen, diejenigen, die Qualifikationen haben schnell in den Arbeitsmarkt zu vermitteln wenn wir es schaffen, diejenigen die Qualifikationen noch erwerben müssen weil sie eine andere Sprache sprechen und weil sie eine andere Qualifikation von zu Hause aus mitbringen, schnell in Qualifizierungsmaßnahmen zu vermitteln. Dann wird der Arbeitsmarkt dadurch nicht weniger, sondern ergiebiger werden und wir werden insgesamt dazu beitragen, dass die deutsche Volkswirtschaft gestärkt wird.

Und dann, meine sehr verehrten Damen und Herren glaube ich auch, dass die Menschen die kommen eben nicht nur Arbeitskräfte sind, dass sie nicht nur Wohnungen brauchen, dass sie nicht nur Deutsch lernen sollen und müssen, sondern das sie eben auch gesellschaftliche Partizipation wollen und das sie dafür offen sind, und deshalb würde ich mir wünschen, wenn politische Parteien, wenn Gewerkschaften, wenn Umweltverbände und andere, auf diese Menschen zugehen und ihnen auch die Möglichkeit zu ehrenamtlichen Engagement und ehrenamtlicher Mitarbeit eröffnen. Wir haben viele Verbände, die über fehlenden Nachwuchs geklagt haben in den letzten Jahren. Dies ist nun auch eine Chance, neue Menschen zu finden und neue Menschen für die eigenen Ziele zu begeistern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben auf europäischer Ebene in den letzten Wochen einiges erreicht. Wir haben erreicht, dass 160.000 Flüchtlinge aus den sogenannten Hot Spots europaweit verteilt werden. Einige sagen, es sind ja erst wenige hundert verteilt. Ja und? Es ist ein Anfang. Wenn sie schauen, wie lang es gedauert hat in Europa die Grenzkontrollen abzuschaffen, wenn sie schauen, wie lange es gedauert hat in Europa den Binnenmarkt oder die Währungsunion zu realisieren, dann sind wir in der Flüchtlingsfrage voran gekommen.

Wir hatten am letzten Sonntag ein Treffen der Staats- und Regierungschefs der sogenannten Balkan-Route, weil wir erkannt haben, dass es eine besondere Herausforderung für diejenigen ist, die von dem Flüchtlingsstrom in unmittelbarer Weise betroffen sind. Aufgrund ihrer geografischen Lage. Und wir wissen, dass wir in den nächsten Monaten mit der Türkei intensiv darüber sprechen müssen, wie wir ein integriertes Schutzkonzept für die Region so entwickeln und gestalten können, dass die Menschen nicht ihr Leben in Gefahr bringen müssen indem sie sich auf Schlauchboote begeben, die dann mit Mühe und Not die Küste erreichen, sondern indem wir es schaffen, den Menschen menschenwürdige Lebensbedingungen zu bieten in der Türkei, in Jordanien und im Libanon und in dem wir dann über eine geregelte Form der Zuwanderung es auch ermöglichen, dass auch Europa seiner Verpflichtung zur

Aufnahme von solchen Menschen gerecht wird.

All das wird von uns mit Hochdruck verfolgt, aber natürlich in der Zwischenzeit gibt es auch andere Themen und andere Herausforderungen und es ist ganz wichtig, dass wir sie nicht vernachlässigen und es gehört dazu die Nachhaltigkeit. Die Nachhaltigkeit ist ein spannendes Thema, es ist eines der wenigen Themen, die unmittelbar beim Bundeskanzleramt angesiedelt sind. Der Chef des Bundeskanzleramtes ist gleichzeitig der Vorsitzende des Nachhaltigkeitsausschusses der Bundesregierung. Das ist so seit den Zeiten meines Vorgängers Hans Martin Buri und deshalb freue ich mich sehr, lieber Herr Buri, dass sie heute hier bei uns anwesend sind. Sein Sie mir begrüßt als der Gründungsvater eines Staatssekretärsausschusses der immer noch besteht und dafür Sorge trägt, dass die Nachhaltigkeit in den einzelnen Ministerien nicht verloren geht.

Wir haben in den letzten beiden Jahren uns bemüht, dass Thema Nachhaltigkeit voran zu bringen. Wir haben das in den Zusammenhang mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung gestellt. Diese Agenda ist sehr ambitioniert. Es geht um nicht weniger als um alles. Um die Menschen der Erde, um den Wohlstand in Frieden, eine neue globale Partnerschaft. Im Herzstück werden zu diesem Zweck 17 konkrete Ziele einer nachhaltigen Entwicklung in 169 Unterzielen aufgestellt die die Staaten bis 2030 erreichen wollen.

Viele fragen, ist es nicht zu viel? Ist es nicht unübersichtlich? Wer soll das lesen? Wer soll es beherzigen? Ich sage Ihnen, es werden Menschen da sein, die es lesen. Und es werden Menschen da sein, die es umsetzen. Es gibt in unserer globalen Gesellschaft viele, die sich der Nachhaltigkeit verpflichtet fühlen obwohl sie kein staatliches Amt und keinen staatlichen Auftrag haben. Wenn sie mit einem Unternehmer sprechen, wie mit Ilon Mast, und ich mache jetzt keine Schleichwerbung für irgendein Produkt oder irgendeine Idee von ihm, aber dann spüren sie, dass dieser Unternehmer der die weltweite Wirtschaft ordentlich durchgerüttelt hatte, dass dieser Unternehmer neben den technischen und geschäftlichen Interessen, die er hat, vor allen Dingen von einem beseelt ist, von der Diskussion über Nachhaltigkeit und Klimaschutz, die wir in den letzten dreißig Jahren geführt haben. Und es gilt nicht nur für Elon Musk, das gilt für viele die bei Google und bei Facebook und anderswo an den Schalthebeln sitzen, das gilt für die Vorstandsassistenten in multinationalen Konzernen, das gilt für die CEO's von DAX Unternehmen und für viele, viele andere.

Dass wir heute mehr Nachhaltigkeitsinitiativen im privaten Bereich haben als wir uns das jemals gedacht haben, das hängt auch damit zusammen, dass Menschen wie Klaus Töpfer und andere in den letzten dreißig Jahren uns immer wieder gezwungen haben, immer wieder über dieses Thema zu reden und ich möchte mich, lieber Herr von Weizäcker auch bei Ihnen und bei all den anderen bedanken, die den langen Atem hatten, dieses Thema immer wieder in der öffentlichen Debatte voran zu bringen.

[Beifall]

Wenn wir uns anschauen, was geschehen ist seit dem Jahre 2000 als die Staatengemeinschaft die Millennium-Entwicklungsziele die MDG's (Millennium Development Goals) verabschiedete, dann hat sich die Zahl der in extremer Armut

lebenden Menschen halbiert. Der Anteil der Slam Bewohner in den Städten sank beträchtlich. Fortschritte gibt es im Kampf gegen Malaria und Tuberkulose. Verbesserungen im Bereich der Gesundheit sowie der Grundschulbildung. Auch das liegt nicht nur an den Millenniums-Zielen es liegt am technischen Fortschritt, es liegt am Siegeszug der Marktwirtschaft rund um den Globus.

Es hat viele Ursachen und viele Gründe, aber es ist eben auch so, dass es einen Ort geben muss, wo diese Diskussion unterstützt wird, wo sie voran getrieben wird und Deutschland hat sich in der gesamten Nachhaltigkeitsdiskussion nie als Teil des Problems, immer als Teil der Lösung verstanden. Wir haben immer die Diskussion mitgestaltet, wir haben sie geprägt und nicht erlitten. Und deshalb meine sehr verehrten Damen und Herren haben wir uns auch entschieden, dass wir selbst unsere eigene Nachhaltigkeitsstrategie überarbeiten und neu justieren. Und wir tun das zu einem richtigen und wichtigen Zeitpunkt. Wir haben die Agenda 2030 verabschiedet. Wir werden noch in diesem Jahr in Paris auf der Internationalen Klimaschutzkonferenz versuchen, ein umfassendes Klimaschutzabkommen zu erreichen.

Ich weiß, dass die Erwartungen sehr hoch sind. Und ich weiß, dass der die Politik immer im Dilemma steht, wenn sie einerseits die Erwartungen zu hoch spannt und dann heißt es nachher man hat nicht geliefert. Aber wenn man andererseits gar nicht erst mit Erwartungen in die Verhandlungen hineingeht, dann darf man sich nicht wundern, wenn man anschließend nichts mit nach Hause bringt. Und deshalb befinden wir uns in einer Situation, die genauso ambitioniert ist wie die Erarbeitung der Agenda 2030 und sie ist noch viel ambitionierter, weil es beim Klimaschutz eben nicht nur um gute und wohlgemeinte Erklärungen geht, sondern auch um knallharte Wachstumschancen und Perspektiven und Kosten und Vorteile und Nachteile im internationalen Wettbewerb.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kenne die Diskussion, die versucht die Umweltpolitik nur auf die Frage der Wettbewerbsfähigkeit und der Kosten zu reduzieren. Aber ich sage Ihnen, ein Land, was versucht seine Wettbewerbsfähigkeit dadurch zu erhöhen, dass es Kosten externalisiert zu Lasten der Umwelt, wird am Ende seine Wettbewerbsfähigkeit gefährden und unterminieren, weil es Wachstumsgrenzen erreicht, die es physisch gar nicht mehr überwinden kann. Und deshalb bin ich froh, dass es gelungen ist, auch in China eine Diskussion über Nachhaltigkeit in Gang zu setzen bis hin zu der Frage, dass dort unter Umständen ein Emissionshandelssystem eingeführt wird, dass der Anteil der erneuerbaren Energien ausgebaut wird, dass es gesellschaftliche Gruppen gibt, die sich dem Umweltschutz verpflichtet fühlen.

Man kann fragen, ob es dazu erst notwendig war, dass in Peking und Shanghai und anderswo die Luft zum Schneiden dick war und die Sonne an manchen Tagen nicht mehr zu sehen war. Aber die gute Nachricht ist, dass auch in China die Diskussion über Umweltschutz, Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Gang kommt. Und wenn es möglich ist, in den entwickelten Ländern Europas Nachhaltigkeit auf der Tagesordnung ganz nach vorne zu schieben, wenn es möglich ist, in einem Schwellenland wie China, mit einem enormen Wachstum, immer noch die Nachhaltigkeitselemente der Politik so zu stärken, wie sich das jetzt abzeichnet, dann haben wir auch eine Chance, dass wir weltweit insgesamt mit dem Thema Nachhaltigkeit voran kommen.

Wir brauchen Nachhaltigkeit übrigens nicht nur beim Klimaschutz. Wir brauchen Nachhaltigkeit bei der Ressourceneffizienz, wir brauchen Nachhaltigkeit in der Bildungspolitik, wir brauchen Nachhaltigkeit auch bei den öffentlichen Finanzen und manchmal gibt es auch Nachhaltigkeitskonkurrenzen. Manchmal steht der Wunsch nach öffentlich nachhaltigen Finanzen nicht ganz in Übereinstimmung mit dem Wunsch nach Finanzierung nachhaltiger Politik in anderen Bereichen. Und diese Konflikte müssen wir austragen und wir müssen sie klug so lösen, dass wir das eine tun ohne das andere zu lassen.

Wir haben die deutsche Nachhaltigkeitsarchitektur international immer vertreten. Sie wird von vielen Ländern als Vorbild angesehen. Mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie verfügen wir bereits jetzt in Deutschland über ein wirksames Instrument, dass wir noch nicht auf alle Ebenen und Bereiche des staatlichen Handelns ausgedehnt haben. Aber wir sind dabei, dies zu tun und voranzutreiben bei der öffentlichen Beschaffung beispielsweise und in anderen Bereichen auch. Wir haben in Deutschland zu dieser Strategie seit 2002 einen politischen Konsens egal wer die Bundesregierung gestellt und getragen hat. Das ist eine beachtliche Kontinuität über anderthalb Jahrzehnte. Und deshalb müssen wir uns jetzt mit der Frage beschäftigen, was die Umsetzung der Agenda 2030 auch für die nachhaltige Entwicklung in Deutschland bedeutet. Es hat die Kanzlerin in ihrer Regierungserklärung zum VN-Gipfel noch einmal sehr deutlich unterstrichen.

Wir wollen, dass die Umsetzung der Strategie und der Agenda von starken Institutionen getragen wird und dass sie in der praktischen Politikgestaltung in allen Bereichen gelebt wird. Das wird der Staatssekretärsausschuss alleine nicht schaffen. Wir werden es nur schaffen, wenn auch die Medien, wenn auch die anwesenden Vertreter von Bild und Presse und Funk, wenn auch die NGO's und auch die gesellschaftlichen Gruppen, wenn auch die private Wirtschaft ihre Rolle in diesem Zusammenhang übernimmt. Ich kann Ihnen zusagen, dass wir als Regierung sehr eng mit dem Parlament zusammenarbeiten werden, lieber Andreas Jung, wir haben uns entschieden, dass der parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung an unseren Staatssekretärsrunden teilnimmt, weil wir glauben, dass wir gemeinsam stärker sind und das es keine Frage ist, wo Regierung und Opposition auseinander fallen.

Das Herzstück der bestehenden Strategie sind die Ziele mit einem klaren Zeitrahmen zur Erfüllung und die Indikatoren für ein kontinuierliches Monitoring, dass heißt für eine ganz konkrete Überwachung. Diese nationale Nachhaltigkeitsstrategie bildet den Rahmen für die Umsetzung der Agenda durch Deutschland und jetzt geben wir heute den Startschuss für die Weiterentwicklung. Wir wollen dies nicht tun, in dem wir Ihnen ein fertiges Produkt vorlegen, sondern wir wollen möglichst viele in diese Überarbeitung mit einbeziehen. Die Struktur der nachhaltigen nationalen Ziele und Indikatoren wird künftig den 17 globalen Zielen folgen, was denn sonst. Die Strategie wird darlegen, welche nationalen Ziele und Indikatoren zur Umsetzung der jeweiligen SDG's (Sustainable Development Goals) und der Unterziele der Agenda beitragen. Und da müssen wir Prioritäten identifizieren, was nicht immer so ganz leicht sein wird. Und wir müssen klären, welche der SDG's und Unterziele für uns besonders relevant sind. Wir müssen allerdings auch darauf achten, die Bandbreite der Agenda insgesamt zu wahren. Wir müssen, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Dialog einerseits die

globale Partnerschaft im Auge haben mit unserem Multi-Akteurs-Ansatz der Agenda 2030. Und andererseits dürfen wir die nationale Ebene nicht vernachlässigen.

Die heutige Konferenz ist der Auftakt. Wir wollen heute über die einzelnen Themen diskutieren: Globale Verantwortungen, neue globale Partnerschaften, Konsumenten, Stadtentwicklung, global denken, lokal handeln und die Kontrolle der Umsetzung der gesteckten Ziele. Ich kann Ihnen heute nicht sagen, wie unsere überarbeitete Strategie am Ende aussehen wird. Weil wir dazu noch ein Jahr Zeit haben und weil wir möchten, dass Ihre Beiträge dort einfließen. Aber ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns dieser Aufgabe stellen und dass wir sie zu einem positiven Ergebnis bringen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamt und alles Gute für Ihre heutige Konferenz.

[Beifall]